Bundesgesetzblatt

1377

Teil II

1959	Ausgegeben zu Bonn am 9. Dezember 1959	Nr. 50
------	--	--------

Tag	Inhalt:	Seite
20. 11. 59	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland	1377
23. 11. 59	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Genfer Protokolls über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr und des Genfer Abkommens zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (Inkrafttreten für Jugoslawien)	1379
3. 12. 59	Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe	1380
27. 11. 59	Berichtigung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1958 über das Inkrafttreten der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See (Seestraßenordnung)	1384

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland.

Vom 20. November 1959.

Gemäß Artikel 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Februar 1959 zu dem Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 149) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen nach seinem Artikel 14 Abs. 2 für

die Bundesrepublik Deutschland am 19. August 1959

in Kraft getreten ist. Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 20. Juli 1959 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen in New York hinterlegt worden.

Als Übermittlungsstellen gemäß Artikel 2 Abs. 1 des Übereinkommens sind bestimmt worden

in dem Land Baden-Württemberg:

Das Justizministerium des Landes Baden-Württemberg in Stuttgart;

in dem Freistaat Bayern:

Das Bayerische Staatsministerium der Justiz in München;

in dem Land Berlin:

Der Senator für Justiz in Berlin-Schöneberg;

in der Freien Hansestadt Bremen:

Der Senator für Justiz und Verfassung in Bremen;

in der Freien und Hansestadt Hamburg:

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
— Landesjustizverwaltung — in Hamburg;

in dem Land Hessen:

Der Hessische Minister der Justiz in Wiesbaden;

in dem Land Niedersachsen:

Der Niedersächsische Minister der Justiz in Hannover;

in dem Land Nordrhein-Westfalen:

Der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf;

in dem Land Rheinland-Pfalz:

Das Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz in Mainz;

im Saarland:

Der Minister der Justiz in Saarbrücken;

in dem Land Schleswig-Holstein:

Der Justizminister des Landes Schleswig-Holstein in Kiel.

Das Übereinkommen ist nach seinem Artikel 14 ferner in Kraft getreten für

Ceylon	am 6. September 1958,
Republik China	am 25. Juli 1957,
Dänemark	am 22. Juli 1959,
Guatemala	am 25. Mai 1957,
Haiti	am 14. März 1958,
Israel	am 25. Mai 1957

mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

"Article 5. The Transmitting Agency shall transmit under paragraph 1 any order, final or provisional, and any other judicial act, obtained by the claimant for the payment of maintenance in a competent tribunal of Israel, and, where necessary and possible, the record of the proceedings in which such order was made.

„Artikel 5. Die Übermittlungsstelle übersendet gemäß Absatz 1 endgültige oder vorläufige Entscheidungen und andere gerichtliche Titel, die der Berechtigte bei einem zuständigen Gericht Israels wegen der Leistung von Unterhalt erwirkt hat, und falls notwendig und möglich, die Akten des Verfahrens, in dem die Entscheidung ergangen ist.

Article 10: Israel reserves the right:

Artikel 10: Israel behält sich das Recht vor,

a) to take the necessary measures to prevent transfers of funds under this article for purposes other than the bona fide payment of existing maintenance obligations:

a) die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um die Überweisung von Geldbeträgen auf Grund dieses Artikels für andere Zwecke als zur redlichen Erfüllung bestehender Unterhaltsverpflichtungen zu verhindern;

b) to limit the amounts transferable pursuant to this Article, to amounts necessary for subsistence."

b) die auf Grund dieses Artikels überweisbaren Beträge auf die für den Lebensunterhalt notwendigen Beträge zu begrenzen."

Italien	am 27. August 1958,
Jugoslawien	am 28. Juni 1959,
Marokko	am 25. Mai 1957,
Norwegen	am 24. November 1957,
Pakistan	am 13. August 1959,
Schweden	am 31. Oktober 1958

mit folgendem Vorbehalt:

(Übersetzung)

"Article 1: Sweden reserves the right to reject, where the circumstances of the case under consideration appear to make this necessary, any application for legal support aimed at the recovery of maintenance made by a person who entered Sweden as a political refugee.

„Artikel 1: Schweden behält sich das Recht vor, falls die Umstände des Einzelfalles es notwendig erscheinen lassen, ein Gesuch auf rechtliche Unterstützung bei der Geltendmachung eines Unterhaltsanspruches das von einer Person gestellt wird, die als politischer Flüchtling nach Schweden gekommen ist, zurückzuweisen.

Article 9: Where the proceedings are pending in Sweden, the exemptions in the payment of costs and the facilities provided in Article 9, paragraphs 1 and 2, shall be granted only to nationals of or stateless persons resident in another State Party to this Convention or to any person who would in any case enjoy such advantages under an agreement concluded with the State of which he is a national."

Artikel 9: Sind die Verfahren in Schweden anhängig, so erhalten die Befreiungen von der Zahlung von Gebühren und die Erleichterungen nach Artikel 9 Abs. 1 und 2 nur Staatsangehörige eines anderen Vertragsstaates oder Staatenlose, die dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, oder Personen, die diese Vorteile ohnehin auf Grund eines Abkommens mit dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, genießen würden."

die Tschechoslowakei	am 2. November 1958
und Ungarn	am 22. August 1957.

Bonn, den 20. November 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

**Bekanntmachung über den Geltungsbereich
des Genfer Protokolls über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr
und des Genfer Abkommens zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
(Inkrafttreten für Jugoslawien).**

Vom 23. November 1959.

Das in Genf am 24. September 1923 zur Unterzeichnung aufgelegte Protokoll über die Schiedsklauseln im Handelsverkehr (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 47) ist nach seinem Artikel 6

für Jugoslawien am 24. April 1959
in Kraft getreten.

Ferner ist das in Genf am 26. September 1927 unterzeichnete Abkommen zur Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (Reichsgesetzbl. 1930 II S. 1067) nach seinem Artikel 8

für Jugoslawien am 13. Juni 1959
in Kraft getreten.

Die jugoslawischen Ratifikationsurkunden sind am 13. März 1959 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 2. Dezember 1957 (Bundesgesetzbl. II S. 2327).

Bonn, den 23. November 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knappstein

Gesetz über das Zollkontingent für feste Brennstoffe.**Vom 3. Dezember 1959.**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Die Tarifnr. 27.01 des Deutschen Zolltarifs 1959 (Bundesgesetzbl. 1958 II S. 751) in der Fassung der Vierten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Kohlenzoll) vom 11. Februar 1959 (Bundesgesetzbl. II S. 117) erhält folgende Fassung:

Tarifnummer	Warenbezeichnung	Zollsatz für 100 kg	
		für Waren aus dem freien Verkehr der EG , EWG oder EAG	für andere Waren
27.01	Steinkohle; Steinkohlenbriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe:		
	A – Steinkohle:		
	1 – erzeugt in den Mitgliedstaaten der EGKS:		
	a – gegen Vorlage eines Ursprungszeugnisses nach näherer Anordnung des Bundesministers der Finanzen EG	frei	2 DM
	b – andere EG	2 DM	2 DM
	2 – erzeugt in anderen Ländern EG	2 DM	2 DM
	B – Steinkohlenbriketts und ähnliche aus Steinkohle gewonnene feste Brennstoffe:		
	1 – erzeugt in den Mitgliedstaaten der EGKS:		
	a – gegen Vorlage eines Ursprungszeugnisses nach näherer Anordnung des Bundesministers der Finanzen EG	frei	2 DM
	b – andere EG	2 DM	2 DM
	2 – erzeugt in anderen Ländern EG	2 DM	2 DM
	Anmerkungen zu Tarifnr. 27.01		
	1. Waren der Tarifnr. 27.01 zur Bebungung von Seeschiffen in den Seehäfen unter Zollsicherung	frei	frei
	2. Waren der Tarifnr. 27.01 für die Abfallbehandlung in Lohnveredlungsverkehren zur Herstellung von Koks (§ 60 des Zollgesetzes)	frei	frei
	3. Waren der Tarifnr. 27.01, im Rahmen des nachstehenden Zollkontingents, gegen Vorlage eines Kontingentscheines	frei	frei
	Das Zollkontingent beträgt für die Jahre 1959 und 1960 insgesamt 77 vom Hundert der nach dem Gewicht berechneten Menge, die im Durchschnitt der Jahre 1955, 1956, 1957 und 1958 mit Ursprung in anderen Ländern als den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl in das Bundesgebiet eingeführt worden ist.		
	Das Zollkontingent wird nach dem Ursprung der im Durchschnitt der Jahre 1955, 1956, 1957 und 1958 eingeführten Menge in Länderkontingente unterteilt.		
	Auf die Länderkontingente sind die Mengen anzurechnen, die in der Zeit vom 1. Januar bis zum 28. Februar 1959 zum freien Verkehr abgefertigt worden sind.		
	Die Bundesregierung kann, nachdem dem Bundesrat Gelegenheit zur Stellungnahme binnen zwei Wochen gegeben worden ist, mit Zustimmung des Bundestages durch Rechtsverordnung das Zollkontingent in Absatz 2 dieser Anmerkung bis zu 20 vom Hundert erhöhen, wenn dies aus gesamtwirtschaftlichen Gründen geboten ist.		

§ 2

Kontingentscheine nach Anmerkung 3 zu Tarifnummer 27.01 des Deutschen Zolltarifs 1959 erteilt das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft nach Maßgabe der Vorschriften dieses Gesetzes solchen Antragstellern, die Waren der Tarifnr. 27.01 in den Jahren 1955, 1956, 1957 oder 1958 eingeführt haben und auf Grund rechtswirksam abgeschlossener Einfuhrverträge während der Jahre 1959 oder 1960 abzunehmen verpflichtet sind.

§ 3

(1) Die nach Anmerkung 3 Abs. 2 und 3 zu Tarifnummer 27.01 auf das Zollkontingent und auf die Länderkontingente entfallenden Warenmengen sowie die nach Anmerkung 3 Abs. 4 auf die Länderkontingente anzurechnenden Mengen stellt der Bundesminister für Wirtschaft auf Grund der Einfuhrmeldungen fest.

(2) Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft setzt die Anteile an den einzelnen Länderkontingenten für jeden Antragsteller auf Grund der für ihn nach den Nummern 1 bis 3 festgestellten Warenmengen mit Ursprung in dem betreffenden Land nach Maßgabe der Nummern 4 bis 6 fest.

1. Es ist die Warenmenge zu ermitteln, die der einzelne Antragsteller in den Jahren 1955, 1956, 1957 und 1958 eingeführt hat. Übersteigen die Warenmengen aller Antragsteller das um 5 vom Hundert verminderte Länderkontingent, so sind sie anteilig zu kürzen.
2. Es ist die Warenmenge zu ermitteln, die der Antragsteller im Jahre 1959 bereits eingeführt hat und auf Grund rechtswirksamer Einfuhrverträge in den Jahren 1959 und 1960 noch abzunehmen verpflichtet ist. Sind in den Verträgen Lieferzeiten vereinbart, die über die Jahre 1959 und 1960 hinausgehen, ohne daß die Höhe der in diesen Jahren abzunehmenden Menge vor dem 1. Januar 1959 schriftlich festgelegt worden ist, so ist für die Bemessung der auf die Jahre 1959 und 1960 entfallenden Menge das Verhältnis des gesamten Vertragszeitraums zum Zeitraum von zwei Jahren maßgebend.
3. Es ist die Warenmenge zu ermitteln, die der Antragsteller während des Jahres 1959 auf Grund von Kaufverträgen, die vor dem 1. Januar 1959 abgeschlossen worden sind, unmittelbar oder über den Handel an Verbraucher im Bundesgebiet geliefert hat und während der Jahre 1959 und 1960 noch zu liefern verpflichtet ist oder in diesen Jahren selbst verbraucht und für diesen Zweck noch vorgesehen hat. Nummer 2 Satz 2 gilt entsprechend.
4. Fünfundneunzig vom Hundert eines Länderkontingents sind auf Antragsteller zu verteilen, für die Warenmengen nach den

Nummern 1 bis 3 festgestellt worden sind. Die kleinste dieser Warenmengen bildet den auf den einzelnen Antragsteller entfallenden Anteil. Restmengen, die sich bei der Aufteilung ergeben, sind auf die Anteile der Antragsteller in einem Verhältnis zu verteilen, das ihren nach Nummer 1 festgestellten Anteilen an dem um fünf vom Hundert verminderten Länderkontingent entspricht. Der hiernach auf den einzelnen Antragsteller entfallende Anteil darf die nach Nummer 3 für ihn festgestellte Warenmenge nicht überschreiten.

5. Fünf vom Hundert eines Länderkontingents sind auf Antragsteller zu verteilen, die die Voraussetzungen in § 2 erfüllen. Für die Verteilung gilt Nummer 4 Satz 3 entsprechend.
6. Der auf den einzelnen Antragsteller nach den Nummern 4 und 5 insgesamt entfallende Anteil an einem Länderkontingent darf die nach Nummer 2 für ihn festgestellte Warenmenge nicht übersteigen. Auf den Anteil des Antragstellers ist die Warenmenge, die er in der Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar 1959 eingeführt hat, insoweit anzurechnen, als hierdurch die für ihn nach Nummer 5 festgestellte Warenmenge nicht gekürzt wird. Der Kontingentschein ist für die danach verbleibende, auf volle 1000 kg nach unten abgerundete Warenmenge zu erteilen.

(3) Werden infolge Nichtausnutzung von Kontingentscheinen oder aus anderen Gründen Restmengen für eine Verteilung verfügbar, so sind sie nach Richtlinien des Bundesministers für Wirtschaft zu verteilen. Die Richtlinien können von den Voraussetzungen in Absatz 2 abweichen, um eine wirtschaftlich sinnvolle Ausnutzung des Kontingents zu gewährleisten.

§ 4

(1) Der Bundesminister für Wirtschaft wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Ausschlussfristen für die Einreichung von Anträgen auf Erteilung von Kontingentscheinen festzusetzen und Vorschriften darüber zu erlassen, welche Angaben in den Anträgen zu machen und welche Unterlagen ihnen beizufügen sind.

(2) Wer glaubhaft macht, daß er die Antragsfrist ohne Verschulden nicht einhalten konnte, kann binnen einer Frist von zwei Wochen nach Behebung des Hindernisses beantragen, nach § 3 Abs. 3 berücksichtigt zu werden.

§ 5

(1) Kontingentscheine dürfen von dem Berechtigten nicht anderen Personen oder Unternehmen zur Ausnutzung überlassen werden.

(2) Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft vermerkt im Kontingentschein, daß die für den Berechtigten nach § 3 Abs. 2 Nr. 5 festgestellte Teilmenge zur Belieferung anderer als in § 3 Abs. 2 Nr. 3 genannter Verbraucher verwendet werden darf. Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft stellt für die übrige Kontingentsmenge im Kontingentschein fest, welche Warenmengen anteilig auf die Erfüllung solcher Lieferverträge entfallen, die der Erteilung der Kontingentscheine nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 zugrunde gelegt worden sind, und setzt die einzelnen Verbraucher hiervon in Kenntnis. Der Einführer und die beim Verkauf an die Verbraucher eingeschalteten Händler dürfen zollfrei eingeführte Ware nur entsprechend den Feststellungen im Kontingentschein verwenden.

(3) Absatz 2 gilt nicht für Kontingentscheine, die für den Selbstverbrauch nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 oder ausschließlich nach § 3 Abs. 2 Nr. 5 oder nach § 3 Abs. 3 erteilt werden.

(4) Wird ein Kontingentschein nicht oder nicht vollständig ausgenutzt, so hat ihn der Einführer binnen drei Tagen nach Eintritt der Umstände, die einer Ausnutzung entgegenstehen, dem Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zurückzugeben. Der Kontingentschein wird für die Restmenge gültig gestellt oder, wenn in den Jahren 1959 und 1960 keine Einfuhr mehr vorgesehen oder zulässig ist, eingezogen.

§ 6

Der Bundesminister der Finanzen oder die von ihm beauftragten Zollstellen können auf Antrag Zoll und anteilige Ausgleichsteuer für Waren der Tarifnr. 27.01, die nach dem 28. Februar 1959 zum freien Verkehr oder zu einem Zollvormerkverkehr abgefertigt worden sind, erstatten oder erlassen, soweit der Antrag unter Vorlage eines Kontingentscheines binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellt wird.

§ 7

(1) Das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft kann Auskunft verlangen, soweit dies erforderlich ist, um die Einhaltung dieses Gesetzes und der zu seiner Durchführung erlassenen Vorschriften zu überwachen. Zu diesem Zweck kann es Prüfungen beim Auskunftspflichtigen vornehmen und verlangen, daß ihm die geschäftlichen Unterlagen vorgelegt werden. Das Grundrecht des Artikels 13 des Grundgesetzes wird insoweit eingeschränkt.

(2) Auskunftspflichtig ist, wer unmittelbar oder mittelbar an der Einfuhr oder an der Weiterlieferung von Waren der Tarifnr. 27.01 teilnimmt oder solche Waren verbraucht.

(3) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozeßordnung

bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

§ 8

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich

1. unrichtige oder unvollständige Angaben tatsächlicher Art macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Kontingentschein zu erschleichen,
2. entgegen § 5 Abs. 1 Kontingentscheine anderen Personen oder Unternehmen zur Ausnutzung überläßt oder einen ihm nicht zustehenden Kontingentschein für sich ausnutzt,
3. zollfrei eingeführte Waren entgegen § 5 Abs. 2 Satz 3 verwendet,
4. entgegen § 5 Abs. 4 Kontingentscheine nicht binnen drei Tagen nach Eintritt von Umständen, die einer Ausnutzung des Scheines entgegenstehen, an das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft zurückgibt oder
5. entgegen § 7 eine Auskunft nicht, unrichtig, unvollständig oder nicht fristgemäß erteilt, die geschäftlichen Unterlagen nicht, unvollständig oder nicht fristgemäß vorlegt oder die Duldung von Prüfungen verweigert.

Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Deutsche Mark geahndet werden.

(2) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft. Über die Abänderung und Aufhebung eines rechtskräftigen, gerichtlich nicht nachgeprüften Bußgeldbescheides (§ 66 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten) entscheidet der Bundesminister für Wirtschaft.

§ 9

In § 4 der Vierten Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Kohlzoll) vom 11. Februar 1959 wird das Datum „16. Februar 1959“ geändert in „1. März 1959“.

§ 10

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 12 Abs. 1 und des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

§ 11

(1) Die zolltariflichen Vorschriften dieses Gesetzes treten mit Wirkung vom 1. März 1959 in Kraft. Im übrigen tritt dieses Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft; gleichzeitig tritt die Vierte

Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1959 (Kohlenzoll) vom 11. Februar 1959 außer Kraft.

(2) Dieses Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1960 außer Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 3. Dezember 1959.

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Wirtschaft
Ludwig Erhard

Der Bundesminister der Finanzen
Etsel

**Berichtigung der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1958
über das Inkrafttreten der Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen auf See
(Seestraßenordnung) — Bundesgesetzbl. II S. 357.**

Die Regeln zur Verhütung von Zusammenstößen
auf See sind für
die Republik Vietnam nicht am 17. März 1956,
sondern am **15. März 1956**
in Kraft getreten.

Bonn, den 27. November 1959.

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Born